«Wir wollen nicht jedes alte Haus renovieren»

Baselbiet | Heimatschutz-Präsident Ruedi Riesen über die fehlende Lobby für die Baukultur

Der Abbruch der Villa «zur Garbe» in Lausen hat offenbart, dass der Denkmalschutz oft am kürzeren Hebel sitzt, wenn es um den Schutz erhaltenswerter Bauten geht. Ruedi Riesen, Präsident des Baselbieter Heimatschutzes, gibt deswegen aber nicht klein bei.

Christian Horisberger

Herr Riesen, Sie haben den Abbruch der Müllersvilla durch die Gemeinde Lausen beklagt. Sollte die Gemeinde nicht selber am besten wissen, was gut für sie ist, wo doch eine Renovation kostengünstiger wäre als ein Neubau?
Ruedi Riesen: Dieses Argument hören wir oft. Es stimmt aber nicht. Viele von uns durchgeführten Renovationen und Umnutzungen noch älterer Gebäude als der Villa «zur Garbe» beweisen das Gegenteil.

Den Beweis müssen Sie schuldig bleiben. Die Villa «zur Garbe» steht nicht mehr.
Wir sind überrascht, wie rasch einfach mal vorsorglich, ohne dass ein neues Projekt vorliegt, eine qualitätsvolle Bausubstanz zerstört werden kann. Das ist leider ein weiteres Beispiel dafür, dass die Baukultur in unserem Kanton keine Lobby hat.

Die hat sie doch: Mit Ihrer Organisation, der kantonalen Denkmalpflege, mit dem kantonalen Denkmal- und Heimatschutzgesetz und dem Bauinventar Baselland (BIB) mit schützenswerten Kulturdenkmälern und erhaltenswerten Baudenkmälern.
Das BIB ist ein wichtiges Dokument, das mit einem enormen wissenschaftlichen Aufwand erstellt worden ist. Hunderte schützenswerte Bauten sind darin aufgeführt. Aber der Kanton tut sich schwer, auf der Basis des Inventars Forderungen zu stellen. Unseres Erachtens wäre es seine Pflicht, den Gemeinden beizubringen, dass das baukulturelle Erbe zu schützen ist. Aber die Denkmalpflege ist personell unterdotiert, sie kann nicht überall einwirken – politisch gewollt? Andererseits kümmern sich viele Gemeinden wenig um eine nicht rechtsverbindliche Empfehlung im BIB. Viele Gemeinden sind beratungsresistent und sehen rot, wenn sie Denkmalpflege und Heimatschutz hören. So kann man sich natürlich nicht mit gegenseitigem Verständnis begegnen.

Verhält es sich mit den privaten Eigentümern historischer Bauten ebenso?
Wenn schon das Gemeinwesen das BIB nur als schwache Empfehlung betrachtet, dann kann man dies von den privaten Eigentümern nicht erwarten: Objekte in privater Hand sind meist auf Gedeih und Verderb dem Renditedenken überlassen.

Ich würde mir als Bauherr auch zweimal überlegen, ob ich Sie anrufen soll: Wenn sich bei einem Bau oder Umbau Denkmalpfleger und -schützer einschalten, wird es kompliziert und teuer.
Auch eine viel gehörte Behauptung, die nicht haltbar ist. Bei vielen alten Gebäuden können Ausnahmeregelungen das Baugesetz übersteuern. Es geht generell um die wenig vorhandene Baukultur im Kanton. Normativer Häuslebau und Rendite sind angesagt und nicht eine qualitätsvolle Architektur und Respekt vor alten Objekten. Manche würden am liebsten alte Dorfzentren dem Erdboden gleichmachen und sie neu bebauen. Oft sind es dieselben Kreise, die in politischen Belangen die Heimat beschwören, deren Erhalt aber keine Rolle mehr spielt, wenn es ums Privateigentum geht.


Ruedi Riesen

Sie scheinen SVP-Politiker anzusprechen.
Das haben Sie gesagt. Auf jeden Fall jene Kreise im Parlament, die bei der Revision des Denkmal- und Heimatschutzgesetzes im Jahr 2018 die Vorlage verwässert haben. Das Baselbiet ist einer der wenigen Kantone, wo die Eigentümer bestimmen, ob ein Gebäude unter Schutz gestellt werden kann. Daher ist es für uns unglaublich mühsam, Einfluss auf schützenswerte Bauten zu nehmen.


Die Lausner Villa «zur Garbe» vor dem Abriss durch die Gemeinde. Bild Archiv vs

Wegen «Lausen» hatten Sie auch die Kantonale Denkmalpflege kritisiert, weil diese keinen Abbruchstopp verfügt hatte.
Wir und die Denkmalpflege stehen auf derselben Seite. Anders als wir hat die kantonale Stelle aber die Möglichkeit, eine provisorische Schutzmassnahme zu erlassen, um Zeit für Verhandlungen mit der Gemeinde zu gewinnen. Doch hat die Fachstelle in Lausen davon nicht Gebrauch gemacht. Es müssten künftig auch Exempel statuiert werden.

Müssen Sie sich nicht auch selber an der Nase nehmen? In der Cheddite sind Sie früh aktiv geworden und stehen in Verhandlungen mit der Bauherrschaft, um schützenswerte Betriebsgebäude zu sichern. Von der Villa in Lausen haben Sie erst durch die «Volksstimme» erfahren.
Wir sind ein sehr kompetenter und engagierter Vorstand, aber ein nur kleiner Verein mit einem Jahresbudget von wenigen 10 000 Franken. Wir können uns nicht über die Vorgänge in allen 86 Gemeinden auf dem Laufenden halten. Hier sehe ich nicht nur eine Hol- sondern auch eine Bringschuld. Aber wer lässt sich schon freiwillig in einen erspriesslichen Diskurs ein? Im Quartierplanverfahren Cheddite handelt es sich um einen normalen Planungsprozess mit Einsprachemöglichkeit, die wir genutzt haben.

Unter welchen Voraussetzungen würden Sie Ihren Segen zum Abriss eines Hauses mit einer BIB-Schutzempfehlung geben?
Wir wollen nicht jede alte Hütte pflegen und renovieren. In einem partizipativen Verfahren mit Kanton, Gemeinde und Eigentümer kann der Heimatschutz durchaus zum Schluss kommen, dass ein gut entwickelter Neubau die bessere Lösung ist als der Erhalt historischen Gemäuers. Ein Gebäude ist nicht grundsätzlich erhaltenswert, weil es alt ist, sondern es soll auch nutzbar sein.

Was nehmen Sie aus der Erfahrung mit Lausen mit? Enttäuschung? Frust?
Enttäuschung schon, aber wir sind im Vorstand eine Gruppe guter Fachpersonen – vielfach begeistert und wenig gefrustet. Und wir geben nicht so schnell auf. Mit viel Herzblut bleiben wir dran und sind unterwegs für eine gute Baukultur. Dafür gibt es auch in unserem Kanton viele gute Beispiele, wie unsere jährliche «Auszeichnung für gute Baukultur» beweist.

«Eine Stigmatisierung der Blasmusik»

Schweiz | Daniela Schneeberger fordert weniger strenge Auflagen

tho. Die Thürner FDP-Nationalrätin Daniela Schneeberger fordert den Bundesrat mit einer Motion auf, beim nächsten Lockerungsschritt die «unverhältnismässigen Vorgaben für Blasmusik und Singen aufzuheben».

Der Bund habe den Chören und Blasmusikvereinen zu hohe Auflagen gemacht, schreibt Schneeberger in ihrem gestern eingereichten Vorstoss. Blasmusik-Proben seien nur möglich, wenn die Musikerinnen und Musiker mit einem Abstand von 5 Metern in alle vier Richtungen auseinander sitzen. Damit seien für Proben riesige Flächen nötig: «Eine normale Gemeindeturnhalle reicht hier nicht mehr aus.»

Der Bund bekräftige mit seinen Vorgaben das Vorurteil, dass Blasinstrumente «Virenschleudern» seien. Dies sei falsch: «Man kann mit einer Trompete nicht einmal eine Kerze ausblasen», so Schneeberger. Es bestehe kein erhöhtes Risiko einer Covid-19-Übertragung. Mit der «absurden Vorgabe» erfolge eine Diskriminierung und Stigmatisierung der Blasmusik und es werde eine nachhaltige Schädigung des Blasmusikwesens in Kauf genommen. Schneeberger: «Blasmusik ist kein Risiko. Blasmusik ist ein wichtiger Bestandteil unseres Kultur- und Vereinslebens.» Die Massnahmen gehörten gelockert, so die Forderung.

Holzmangel belastet Wirtschaft

Baselbiet | Nationalrätin Brenzikofer will lokale Kreisläufe fördern

ssc. Schweizer Holzbauern und Schreiner sind derzeit von ernsten Sorgen geplagt. Einerseits hat die Covid-19-Pandemie globale Lieferketten unterbrochen, andererseits treibt die grosse Nachfrage der USA und China nach Bauholz dessen Preise in die Höhe. Die Lage sei dramatisch, alarmierte der Chef einer Gelterkinder Holzbaufirma in der «Volksstimme» vom Dienstag. Trotz voller Auftragsbücher drohe wegen der Lieferengpässe vielen Betrieben bereits im Sommer die Kurzarbeit.

Abnahmepreise nicht attraktiv genug

Die Grünen-Nationalrätin Florence Brenzikofer trägt die Sorgen der Holzbauern nun ins Bundesparlament. Gestern reichte sie im Nationalrat eine Interpellation ein, in der sie festhält, der Mangel an Bauholz und anderem Baumaterial habe gravierende Auswirkungen auf Bauunternehmen und Auftraggeber. Denn: «Von den nachgefragten Mengen an Halbfabrikaten und Holzwerkstoffen kann nur ein geschätztes Viertel durch die Schweizer Verarbeitungskapazitäten beliefert werden. Der Rest wird aus dem Ausland importiert.» Die Coronavirus-Pandemie zeige daher die Vorteile von lokalen Wirtschaftskreisläufen auf, ist Brenzikofer überzeugt. Solche würden die Schweiz krisenfester machen.

Brenzikofer will vom Bundesrat wissen, wie er die Lage für kleinere und mittlere Bauunternehmen angesichts der erhöhten Preise von Baumaterialien beurteile und ob die vorherrschende Knappheit von Holz mit einer besseren Ausnutzung des lokalen Holzpotenzials bekämpft werden könne. Dies beispielsweise mit einem Konjunkturprogramm zur Erhöhung des Holzpreises. Die Abnahmepreise für Rohholz in der Schweiz seien nämlich zu unattraktiv. Die Oltinger Nationalrätin fragt den Bundesrat auch nach seiner Haltung zur Einführung eines Holzpreis-Indexes.

Label «Schweizer Holz» lockern

Weiter stösst Brenzikofer eine mögliche Lockerung der Kriterien des Labels «Schweizer Holz» an. Sie fragt den Bundesrat, was er davon hält, auch Holz mit dem Label zu zertifizieren, das aus der Schweiz stammt, aber im Ausland – maximal 200 Kilometer von der Grenze entfernt – verarbeitet wurde.

Schliesslich kommt Brenzikofer auch auf die Klimapolitik des Bundes zu sprechen. Diese setze nämlich auf die Förderung von Holz als Baustoff. Entsprechend will die Baselbieterin wissen, welche Massnahmen der Bundesrat vorsehe, damit die Klimareduktionsziele trotz anhaltender Holzknappheit erreicht werden könnten.

Zu teuer: U-Abo soll nicht bis Olten gelten

Baselbiet | Regierung beantragt erneut die Abschreibung des Strub-Vorstosses

vs. Das Umweltschutz-Abo des Tarifverbunds Nordwestschweiz (TNW) dürfte auch in Zukunft nicht für Fahrten von Läufelfingen nach Olten gültig sein. Zumindest beantragt der Regierungsrat dem Landrat, ein Postulat mit der entsprechenden Forderung von Susanne Strub (SVP) abzuschreiben. Die Regierung erachtet ihre Aufgabe, die Erweiterung mit den Partnerkantonen zu verhandeln, als erledigt. Tatsächlich besteht der Bericht des Regierungsrats mehrheitlich aus den Antworten des TNW-Vorstands. Strub hatte das Postulat 2017 eingereicht, der Landrat überwies es 2018. Nach der Beantwortung durch den Regierungsrat beschloss der Landrat 2020, das Postulat stehen zu lassen.

Die Argumente, die gegen einen Ausbau des U-Abo-Angebots sprechen, sind bekannt: Einerseits argumentiert der TNW, dass nicht nur die Strecke Läufelfingen–Olten aufgenommen werden könnte, sondern das U-Abo auch für die Strecke Tecknau–Olten gelten müsste. Eine Erweiterung würde andernorts entsprechende Gelüste wecken. Und schliesslich würde der Abgeltungsbedarf, der «aus verschiedenen Gründen ohnehin steigen wird», zusätzlich erhöht. Sprich, das U-Abo würde teurer, während nur wenige Abonnenten den Mehrwert nutzen würden, so der TNW.